Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen

Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen

Band: 20 (1964)

Heft: 5-6

Rubrik: Von der 53. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht in Schaffhausen am 25./26. April 1964

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der 53. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht in Schaffhausen am 25./26. April 1964

B. Ueber 150 Delegierte und Gäste fanden sich über das Wochenende zur 53. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht in Schaffhausen ein. Die Präsidentin, Frau Dr. L. Ruckstuhl, wies im Jahresbericht auf die vielseitige Aktivität des Verbandes hin, vor allem im Zusammenhang mit dem Beitritt der Schweiz zum Europarat, ferner auf die Bemühungen um Prämiengleichheit bei der Revision der Krankenversicherung, mit dem Teilerfolg, dass die Frauenbeiträge nur 10 Prozent höher — anstatt 25 Prozent — angesetzt werden dürfen als jene der Männer. — Regierungspräsident Hofer überbrachte die Grüsse der Schaffhauser Regierung. Hierauf berichtete Frau Tanner über die Gründung und die Entwicklung der gastgebenden Sektion (siehe Auszug auf Seite 10—12).

Die Delegiertenversammlung fasste folgende Resolution:

Das öffentliche Referat von Dr. Gerd Spitzer, Mitglied der Studienkommission des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes für die Revision des Familienrechtes, bestärkt den Schweizerischen Verband für Frauenstimmrecht in seinem Begehren nach einer baldigen Revision des Familienrechtes.

Die Delegierten protestieren gegen die Teilnahme des Bundes der Schweizerinnen gegen das Frauenstimmrecht in der Gruppe Mensch und Staat der Expo, die dem Thema „Demokratie = Teilnahme" gewidmet ist. Der Bund der Gegnerinnen verstösst damit gegen das Ausstellungsthema dieser Gruppe, zugleich aber auch gegen die öffentliche Ordnung im Kanton Waadt, dessen Verfassung den Frauen bereits seit 5 Jahren die volle politische Gleichberechtigung zuerkennt.

Der Verband nimmt mit grosser Freude Kenntnis von der im Grossen Rat des Kantons Schaffhausen erfolgten Erheblicherklärung einer Motion zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechtes.

Ebenso erfreut geben die Delegierten ihrer Genugtuung Ausdruck über die gute Stimmbeteiligung der Basler Bürgerinnen bei der Abstimmung über die Erweiterung des Bürgerspitals und der Zürcherinnen bei Wahlen und Abstimmungen in kirchlichen Angelegenheiten.

Der Verband würdigt die vielseitige Aktivität der Kantons- und Gemeinderätinnen in den Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf und sieht darin einen Grund mehr, erneut zu verlangen, dass in Bund und Kantonen Schritte zur Verwirklichung der politischen Frauenrechte unternommen werden.